

Dr. Frederik Paulsen: 40 Jahre FUEV

Festrede zum am 22.4.1989 im Palais des Congrès in Versailles

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde von den vielen und verschiedenen Volksgruppen und Sprachminderheiten in Europa!

Als ich gebeten wurde, heute, zur Feier des 40. Jahrestages unserer Union zu Ihnen zu sprechen, erfüllte mich diese bitte mit Stolz und Freude. Mit Stolz, weil diese Einladung eine Ehrung bedeutet, nicht für mich als Einzelperson, sondern für alle Initiatoren und Gründer unserer Union hier in Versailles vor 40 Jahren. Sie erfüllt mich mit Freude, weil sie mir die Gelegenheit gibt, meine Erfahrungen von 40 Jahren der Arbeit für die kleinen Völker und Volksgruppen Europas zusammenzufassen.

Vor allem anderen möchte ich daher den Organisatoren dieses Jubil umskongresses, und insbesondere dem Präsidenten unserer Union, Pierre Le Moine, für diese Ehre zu danken. Ich nehme an, dass ein Hauptgrund dafür war, dass ich einer der wenigen, noch lebenden Teilnehmer an der Gr ndungskonferenz 1949 bin. Um der historischen Genauigkeit halber sei es mir erlaubt, damit anzufangen, dass ich einige Irrtümer zur Chronologie der Gründung berichtete. Sie begann mit einer Konferenz der französischen Föderalisten, einer Organisation mit dem Namen „La federation“, dessen Sekretär der Bretoner Joseph Martray war, am 29. April 1949 im Palais Chaillot in Paris. Zu dieser Konferenz waren auch einige Westfriesen und Nordfriesen eingeladen. Dieser bretonisch-friesische Kontakt führte dazu, dass beschlossen wurde, zu einer folgenden Konferenz alle Minderheiten Westeuropas einzuladen. Diese 2. Konferenz, die eigentliche Gr ndungskonferenz, sollte ursprünglich im September in Meran in Südtirol stattfinden. Sie wurde aber im letzten Augenblick von der italienischen Regierung verboten, was damals bedeutendes politisches Aufsehen nicht nur in Italien erregte. Die Gr ndungskonferenz wurde also auf den 19. - 20. November 1949 verschoben und nach Versailles verlegt. 1949 hatten die Führer der friesischen Organisationen südlich der deutsch-dänischen Grenze immer noch Schwierigkeiten, die notwendigen englischen und französischen Visa rechtzeitig zu bekommen, so dass ich, als schwedischer Bürger, und ein in Kairo lebender Nordfriese gebeten wurden, sie bei der Gründung in Versailles zu vertreten.

Die Konferenz fand im Hotel de Ville statt und wurde von dem Bürgermeister von Versailles, Mr. Mignot, eröffnet. Der Initiator und Organisator war der Bretoner Martray. Mehr als 200 Delegierte nahmen teil. Die meisten waren französische Regionalisten, die der Machtkonzentration in der Hauptstadt entgegen wirken wollten. Das gleiche galt auch für die Teilnehmer aus Italien, der Schweiz, Deutschland und den Niederlanden. Sie vertraten Regionen, nicht Volksgruppen oder Sprachminderheiten. Martray sah dies Problem, und leitete die Delegierten der Volksgruppen geschickt dahin, dass sie die Notwendigkeit einsahen, eine eigene Organisation zu gründen, unsere Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, die FUEV.

Die Gründung fand also hier 1949 statt, aber erst die folgende Konferenz, am 01. Juli 1950 in Leeuwarden in Friesland gab der Union ihre feste Struktur. Aber schon bei dieser 2. Konferenz in Leeuwarden geschah etwas, was als ein Unglück für die Union bezeichnet werden muss:

Martray, der eigentliche Gründer der Union gab sein Amt als ihr erster Generalsekretär ab. Er ließ sein neugeborenes Kind im Stich, wie wir anderen damals meinten. Zurückblickend kann man jetzt sagen, dass die Union mit dem Beschluß Martray's auf ein Problem stieß, dass bis heute unser großes, ja unser gr btes Problem geblieben ist. Jeder von uns, der für ein kleines Volk oder für eine bedrohte Sprache arbeitet, wird und muss dieser Arbeit eine höhere Priorität einräumen, als der Arbeit für die europäischen oder internationalen Organisationen.

Martray übernahm die Leitung einer bretonischen Organisation, des Comité des Etudes et de Liaison des Interets Bretons. Als sein Nachfolger wurde mein dänischer Freund, der Richter Jörgen Kisby-Möller gewählt. Aber auch er konnte sein Amt nur kurze Zeit ausüben. Er wurde Landrichter auf Grönland und setzte also wie Martray seine Kraft nur für ein einziges kleines Volk ein, nicht mehr für die FUEV. Sein Amt als Generalsekretär übernahm Poul Skadegaard, der es bis zu seinem Tode führte. Ich will hier aber nicht die Geschichte der FUEV behandeln. Professor Theodor Veier hat kürzlich einen gründlichen und zuverlässigen Bericht über die ersten 40 Jahre der FUEV geschrieben, der in allen 3 Hauptsprachen für sie erhältlich ist. Ich will Ihnen stattdessen etwas über die Gedanken und Ideen erzählen, die für die Gründung und die Politik der FUEV leitend waren.

Lassen sie mich mit einer persönlichen Erinnerung von der Jahreswende 1944-1945 beginnen. Eine Gruppe dänischer Flüchtlinge in Schweden, die sich Colloquium Academicum Danicum nannte, hatte mich eingeladen, an einer Besprechung über das Problem der dänisch-deutschen Grenze bei dem bevorstehenden Kriegsende teilzunehmen.

Der erste Redner war ein hoher Beamter des Landwirtschaftsministeriums in Kopenhagen, der eine Berechnung angestellt hatte über die Kosten, die die deutsche Okkupation Dänemark in den 5 Kriegsjahren verursacht hatte. Er ging davon aus, dass Deutschland nach diesem Krieg nicht imstande sein würde, irgendwelche Reparationen oder Schadenersatz zu bezahlen für die Verluste, die Dänemark gehabt hatte. Die einzig denkbare Art einer Bezahlung sei die in landwirtschaftlicher Nutzfläche, in Grund und Boden. Er hatte ausgerechnet, dass der Grundstückswert des Landes südlich der Grenze bis herunter zur Eider der Summe entsprach, auf die Dänemark seiner Meinung nach Anspruch hatte. Das Gebiet entsprach also dem südlichen Teil des alten Herzogtums Schleswig, um das die Deutschen und Dänen so viele Kriege geführt hatten, allein im letzten Jahrhundert 2 Kriege. Die dort lebende Bevölkerung müsste das Land verlassen, das dann von dänischen Bauern übernommen werden sollte. Als jemand ihn fragte, was denn mit den dort lebenden Dänen und Friesen geschehen solle, sagte er, das sei untergeordnetes Problem, das sich von selbst lösen würde. Die alliierten Siegermächte seien sich einig darüber, dass es im Nachkriegseuropa keine Minderheiten mehr geben würde. Es solle verhindert werden, dass Minderheiten ein drittes Mal Anlass zu einem Weltkrieg gäben. Der erste Weltkrieg sei von den slawischen Minderheiten in der Habsburger Monarchie ausgelöst worden, der 2. Weltkrieg von den Sudetendeutschen. Ein drittes Mal dürfe das nicht passieren.

Ich muss zur Ehre Dänemarks hinzufügen, dass alle anderen Teilnehmer an dieser Besprechung diesem Plan mehr oder weniger scharf widersprachen. Professor La Cour sagte, dass eine Vertreibung von Menschen Dänemarks unwürdig sei. Im Verlauf des Abends wurde es deutlich, dass dieser Plan auf Vorschläge der Tschechischen Regierung in London zurückging und ein Botschaftsrat, Dr. Walter, von der tschechischen Botschaft in London, war nach Stockholm gekommen, um dieser Besprechung zuzuhören. Die tschechische Regierung hatte zu diesem Zeitpunkt offenbar schon beschlossen, dass die 3 Millionen Deutsche aus Böhmen und Mähren vertrieben werden sollten und versuchte jetzt, westliche Länder zu der gleichen Politik zu überreden.

Die Siegermächte hatten natürlich Recht, Minderheitenprobleme hatten oftmals, nicht nur bei den beiden Weltkriegen, Anlass zum Krieg gegeben. Was sie nicht sahen, war, dass nicht die Minderheiten als solche Schuld an den Kriegen hatten, sondern die ungelösten Minderheitenprobleme. Sie sahen nicht, dass weder das Verleugnen der Existenz einer Minderheit, noch ihre Vertreibung das Problem lösen konnten. Die Doktrin der Siegermächte, dass Minderheiten in dem neuen Europa keine Rolle mehr spielen sollten, wurde auch von den Vereinten Nationen, der neugegründeten UNO, vertreten, ja in verstärktem Maße. Als wir 1945 in Skandinavien verstanden, dass wir nicht mit irgendeinem Minderheitenschutz von Seiten der Großmächte rechnen konnten, glaubten wir unsere Verteidigung in unsere eigenen Hände nehmen zu müssen, und wir versuchten Verbündete in den anderen

Minderheiten zu finden. Sofort beim Kriegsende gelang es uns Nordfriesen Kontakt mit den Friesen in Amerika und in den Niederlanden aufzunehmen. Sie ließen uns wissen, dass wir mit ihrer Unterstützung rechnen konnten. Schon gleich nach dem Krieg hatten unsere westfriesischen Freunde Kontakt mit Bretonen bekommen, aber auch mit den Katalanen und Basken, die in Frankreich lebten. Wir selbst hatten Kontakt mit den Walisern in Großbritannien. Wir vergessen nicht, dass ein walisisches Mitglied des Unterhauses, Professor Savory, uns half, Helgoland zu retten. Aber diese wenigen und schwachen Kontakte reichten nicht aus, um an eine eigene Minderheitenorganisation zu denken. Wir schlossen uns also an die damals schon starken Regionalisten an. So kam es, dass die beiden ersten Konferenzen für Regionen und Volksgruppen gemeinsam waren. Erst bei der Konferenz in Versailles 1949 fühlten die Volksgruppen sich stark genug, eine eigene Organisation zu bilden.

Die Trennung von den Regionalisten.

Die Trennung von den Regionalisten war eine freundschaftliche Trennung. Alle Volksgruppen und Sprachminderheiten haben immer die Regionalisten als ihre nächsten Verbündeten betrachtet. Sie unterstützten die Regionen in ihrem Widerstand gegen die Zentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht und in ihrem Kampf für eine föderale Struktur des Staates, zu dem sie gehören. So haben einige von uns aktiv an der Bewegung für ein Europa der Regionen mitgearbeitet. Ich denke z.B. an die jährlichen Konferenzen „Europe of Regions“ im dänischen Parlament, die beweisen, dass die alte Bundesgenossenschaft der Volksgruppen mit den Regionalisten, die nach dem Kriege hier in Frankreich begann, sich bis heute gehalten hat und gewiss auch in Zukunft bestehen wird. Es ist nicht uninteressant, dass die deutschen Regionen, wie Bayern und Westfalen, die bei den beiden ersten Konferenzen sehr aktiv gewesen waren, nach 1949 nicht mehr teilnahmen, sicherlich weil die föderale Struktur der Westdeutschen Bundesrepublik Wirklichkeit geworden war, eine Wirklichkeit, die ihren Zielen entsprach.

Die Struktur der FUEV:

Die neue Organisation, die 1949 in Versailles gebildet wurde, bestand eigentlich aus 2 Organisationen: Die erste hatte den Namen: „Conseil Federaliste des Minorites et Regions Europeennes“, also eine Art Bundesrat, der alle Minderheiten und Regionen Europas repräsentieren sollte, die zweite hieß: „Union federaliste des Regions et Minorites Europeennes“ und umfasste die erst 14 Mitgliedsorganisationen. In den folgenden Jahren wurde der Name der Union schrittweise aber signifikant verändert. Der Name „Conseil Federale“ wurde noch beim folgenden Kongress 1950 in Leeuwarden in Friesland benutzt. Er verschwand aber schon beim nächsten Kongress 1951 in Kopenhagen, wo die Union als einziger Gastgeber erschien, aber immer noch trat sie als Union der Minderheiten und Regionen auf. Erst 1954 mit der neuen Satzung verschwanden die Regionen und der neue Name wurde geboren, auf Deutsch die FUEV, die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen und auf Französisch die UFCE, die Union federaliste des Communautés Europeennes“. Nur auf Englisch hieß die Union auch 1954 noch „Federalist Union of European Minorities“. Erst später wurde auch im englischen Namen das Wort „Minorities“ durch das Wort „Nationalities“ ersetzt, so dass der jetzige Name, die FUEV entstand. Ich erinnere mich an die endlosen Diskussionen zu dem Namenproblem, deren oft ernsthaften Hintergrund ich hier nicht berühren will. Persönlich würde ich es vorziehen, wenn unsere Englisch sprechenden Freunde dem französischen und deutschen Beispiel folgen würden, und statt von „Nationalities“ von „ethnic communities“ sprechen würden. Es gab auch lange Diskussionen, ob unsere Union „Föderal“ oder „Föderalistisch“

sei. Darüber wurde nie eine Einigung erzielt, und ich meine, dass wir beide Worte akzeptieren können.

Das Problem der Sprache:

Ich muss jetzt ein Problem berühren, das für die praktische Arbeit unserer Union vom Anfang an bis heute ein schwieriges Problem gewesen ist, das Problem der Sprache innerhalb der Union. So war ursprünglich beschlossen worden, dass ich meine Rede heute auf Englisch halten sollte. Als ich mein Manuskript auf Englisch geschrieben hatte, bekam ich den Bescheid, dass ich lieber auf Deutsch sprechen möge. Dieser Vortrag ist also eine Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche. Am liebsten hätte ich hier in Versailles auf Französisch gesprochen, die Sprache zu der ich eine warme, aber nicht beantwortete Liebe habe. Für mich, wie für so viele im Norden ist französisch eine Sprache, deren Literatur ich genieße, die ich aber nicht genügend sprechen kann.

Bei den ersten Konferenzen der Union war Französisch die Sprache, die dominierte. 1953-1954 bildete die FUEV ein Informationsbüro in Kopenhagen, das von Per Thaulow geleitet wurde und das ein eigenes FUEV-Blatt herausgab, das „Small Nations“ hieß. Damit wurde für einige Zeit Englisch die dominierende Sprache der FUEV.

Während der vielen Jahre, in denen Poul Skadegaard Generalsekretär war, übernahm allmählich Deutsch die Funktion der Geschäfts- und Konferenzsprache und ist es bis heute geblieben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass dadurch die Möglichkeiten der FUEV, ihr eigentliches Ziel, die Vertretung aller Volksgruppen und Sprachminderheiten Europas zu übernehmen, stark begrenzt worden ist. So darf man wohl annehmen, dass die AIDCLM, die Association pour la defence des cultures et langues menaces gebildet wurde, weil die Sprachminderheiten des Mittelmeergebiets, die eine lateinische Sprache, Italienisch, Französisch oder Spanisch als Zweitsprache haben, sich in der FUEV nicht vertreten fühlten. Das gleiche gilt auch für einige Minderheiten im Norden und Osten Europas. Andererseits kann auch kein Zweifel darüber bestehen, dass die Präsidenten, Vizepräsidenten und Generalsekretäre immer die größten Anstrengungen auf sich genommen haben, um die Sprachschwierigkeiten zu überwinden, indem sie Übersetzer aus den eigenen Reihen der FUEV benutzten. Die FUEV hatte nur selten die technischen und finanziellen Ressourcen, um bei den Konferenzen einen modernen Übersetzer-Service anstellen zu können, so wie die europäischen Organisationen in Strassburg und Brüssel es als feste Routine haben. Ich glaube, dass es für die Zukunft der FUEV notwendig ist, eine grundsätzliche Lösung dieses Problem zu finden. Lassen sie mich ein paar solcher Lösungen andeuten. Das Beste wäre natürlich eine bessere finanzielle Ausstattung der FUEV, die unserem Generalsekretär ein vielsprachiges Sekretariat und unseren Konferenzen ein modernes Übersetzungssystem ermöglichen würde. Eine andere Lösung wäre ein fester vertrag mit einer europäischen Behörde in Strassburg oder Brüssel, dass wir unsere Konferenzen in ihren Räumen mit deren technischem Service abhalten dürfen. Eine dritte Möglichkeit wäre eine völlige Neugliederung der FUEV. Man könnte sich denken, dass die Minderheiten, die eine gemeinsame Zweitsprache haben oder verstehen, sich zu Unterkonferenzen treffen, und dass solche Gebiete mit einer gemeinsamen Zweitsprache jeweils einem Vizepräsidenten anvertraut werden, der diese Unterkonferenzen einberuft und leitet. Diese Unterkonferenzen würden kleiner sein und ihre Ergebnisse müssten von den Vizepräsidenten dem Gesamtpräsidium zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Anforderungen an die Vizepräsidenten und das Präsidium würden dadurch stark steigen, es sollte der FUEV aber dadurch möglich werden, die Volksgruppen und Sprachminderheiten der peripheren Gebiete Europas zu erreichen.

Es gibt noch eine 4te Möglichkeit, aber die wohl keine reale Möglichkeit, ja, nicht einmal eine Hoffnung. Sie ist wohl nur ein Traum, der Traum von einer gemeinsamen Zweitsprache

für ganz Europa. Eine europäische Interlingua, wie es das Latein einmal gewesen ist. Schon auf der ersten Konferenz unserer Union vor 40 Jahren sagte mein westfriesischer Landsmann, Dr. von der Meulen: „Das vereinte Europa mit seiner Sprache wird einmal kommen, und dann werden alle Völker auch die jetzt großen Völker, Minderheiten sein, und alle Sprachen werden gegenüber der gemeinsamen Zweitsprache Minderheitssprache sein.“

Europarat und E.G.

Wenn ich heute an die Gründung der FUEV in Versailles zurückdenke, denke ich auch an ein Ereignis, das ich und meine Freunde damals als zukunftsweisend ansahen, nämlich die Wahl des Vizepräsidenten des kurz vorher gegründeten Europarats, des dänischen Außenministers Ole Björn Kraft zum ersten Ehrenpräsidenten der Union. Die Wahl war ein Ausdruck unserer Hoffnung, dass der Europarat den Schutz der kleinen Völker Europas, auch derer, die keinen Staat hatten, als eine seiner Aufgaben übernehmen würde. Wir hofften, unsere Union würde irgendeine feste Form einer Zusammenarbeit mit dem Europarat erreichen. Es sollte lange dauern bis diese Hoffnung Wirklichkeit wurde. Es hat mich daher ganz besonders gefreut, dass die FUEV jetzt endlich, 2 Monate vor ihrem 40. sten Jahrestag offiziell den konsultativen Status beim Europarat erhalten hat, nachdem sie schon früher sowohl vom Europarat wie vom Europaparlament offiziell anerkannt worden waren. Wir haben in den ersten Jahren unserer Existenz den Europarat oft wegen seiner Schwäche und Zurückhaltung in Minderheitenfragen kritisiert. Aber zurückblickend lässt sich nicht leugnen, dass die etwa gleichzeitige Geburt des Europarates und unserer Union – wenn wir von der ganz verschiedenen Größenordnung absehen – beide dazu beigetragen haben, eine Stromkenterung in der Nachkriegspolitik der Großmächte und der UNO gegenüber Minderheiten herbeizuführen. Der Europarat hat wie wir von Anfang an die Mannigfaltigkeit, die Vielfalt Europas verteidigt und gefördert. Diese Tendenz war bei der Gründung unserer Union klar und eindeutig. Sie fand ihren Ausdruck in der Teilnahme eines anderen bedeutenden Mannes an der Gründungskonferenz. Das war der frühere Bundespräsident der Schweiz Pilet-Golaz, der an den Diskussionen zu diesem Thema einen lebhaften Anteil nahm. Das führte dann dazu, dass eine französische Zeitung in ihrem Bericht über den Gründungskongress folgende Schlagzeile setzte: „Ein Kongress gegen die Amerikanisierung und für die Helvetisierung Europas“. Schon bevor wir vom Europarat anerkannt wurden, haben wir direkt und indirekt von ihm Hilfe für unsere politischen Ziele bekommen. Ich denke an die Arbeit für die Regionalisierung Europas und den Regionalfond, die Erklärung von Bordeaux und Galway, die ich miterlebt habe und vieles andere. Bei der Gründung der Union vor 40 Jahren hatten wir einen Wunschtraum, der seinen Ausdruck in der gleichzeitigen Gründung des Conseil Fédéral des Minorités Européennes fand, der leider nur kurze Zeit bestand. Es war der Ausdruck unserer Hoffnung, dass neben dem Europarat, dem Rat der Völker Europas einmal ein Rat der Volksgruppen stehen würde, ein Rat der kleinen Völker, die keinen Staat haben. Ein Volksgruppenrat, bei den bedrohten Volksgruppen, wie z.B. in diesen Tagen die Kossovaren in Jugoslawien, Hilfe suchen könnten. Ein solcher Volksgruppenrat könnte natürlich nur funktionieren, wenn es ein von allen europäischen Staaten anerkanntes Volksgruppenrecht gebe. Ich bin stolz, dass es in unserer Union eine Arbeitsgruppe gibt, die an einem solchen Recht arbeitet.

Auch für die Entwicklung des Europaparlaments haben wir eine eigene Hoffnung. Wenn es ein wirkliches Europaparlament werden will, müsste es neben den nationalen Parteien auch grenzüberschreitende europäische Parteien gestatten, sodass wir Nordfriesen, deren Anzahl für einen eigenen Kandidaten nicht ausreicht, einen westfriesischen Kandidaten wählen könnten, wie z.B. den niederländischen Friesen, Anne Vordeling, der Vizepräsident des Europaparlaments war.

Auch die anderen Organe der europäischen Gemeinschaft sollten der FUEV als Vertretung der Volksgruppen und Sprachminderheiten offiziell anerkennen. Ich denke da zunächst an den

Europäischen Gerichtshof, dem mindesten ein Spezialist für Minderheitenrecht angehören sollte. Ich denke an die verschiedenen Sektionen der E.G., die für die Entwicklung bestimmter Regionen arbeiten, z.B. das Büro für Küstenradgebiete Rennes, das naturgemäß für alle Friesen besonders wichtig ist. Ich denke an die Erziehungsarbeit der E.G., die eigentlich die Sprachenarbeit solcher Minderheiten, die zu verschiedenen Staaten gehören, betreuen könnte. Auch die Volksgruppen deren Existenz als Volk durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung bedroht ist, sollten von der E.G. Hilfe erhalten.

Entwicklungslinien der FUEV:

Wenn ich auch die Darstellung der Geschichte der FUEV dem schriftlichen Bericht von Professor Veiter überlassen habe, so möchte ich doch versuchen, aus dem Gesamtüberblick über die 40 Jahre der FUEV-Geschichte einige für die Zukunft wichtige Tendenzen herauszulesen. Zunächst die geographische Entwicklung. Wenn es auch in den ersten Satzungen nicht direkt ausgesagt wird, so bestand bei den ersten Konferenzen Einigkeit darüber, dass die Union sich auf Westeuropa begrenzen sollte. Die Probleme die nach 1945 in Deutschland auf Zentraleuropa durch die Vertreibung und Massenflucht von ganzen Völkern entstanden waren, waren uns zu groß. Durch die Entstehung der Bundesrepublik und ihren schnellen Aufbau einer zuverlässigen Demokratie und durch die Konsolidierung Österreichs änderte sich diese negative Einstellung zu den deutschen Problemen. Es ist das Verdienst unseres dritten Generalsekretärs, Poul Skadegaard, das er diese notwendige Entwicklung, die Einbeziehung der deutschsprachigen Volksgruppen eingeleitet und mit Konsequenz und Geschick durchgeführt hat.

In den gleichen Jahren verlor die Union einige ihrer wichtigsten Mitglieder. Bei der Gründung 1949 waren die Katalanen die größte Minderheit in Westeuropa und in unserer Union gewesen. Die von uns, die dabei waren, als die Katalanen und verließen, werden den Augenblick nicht vergessen. Es war auf einer Konferenz in Kopenhagen. Professor Batista y Roca, Vorsitzender des Katalonischen Nationalrats im Exil in Frankreich, und Vizepräsident der FUEV leitete die Konferenz, als ein Bote von der spanischen Gesandtschaft in Kopenhagen an den Vorstandstisch trat und ihm ein Papier überreichte. Wir sahen alle die tiefe Bewegung, die ihn ergriff, als er die Mitteilung las, und die auch uns berührte, als er sie uns vorlas. Katalonien hatte seine lange erkämpfte Selbständigkeit endlich bekommen. Es war also von dem Tag an keine Minderheit, keine Volksgruppe mehr, sondern ein selbständiges Volk. Damit verließ die größte Volksgruppe Westeuropas unsere Union. Ein anderer bedeutender Mitbegründer der Union war José Antonio de Aguirre, der Präsident der baskischen Exilregierung. Er war ein hervorragender Vertreter nicht nur der Basken sondern aller kleinen staatslosen Völker. Ich bedauere es heute noch, dass die Basken uns verlassen haben. Wenn sie geblieben wären, hätten wir vielleicht die Entwicklung zum Terrorismus hemmen oder verhindern können. Auch in Schottland führte die politische Entwicklung dahin, dass die schottischen Organisationen uns verließen, wohl auch weil die Schotten nicht länger eine Nationalität oder Volksgruppe waren, sondern eine Nation, ein Volk.

Diese Verluste im Westen wurden aber mehr als ausgeglichen durch die neu hinzugekommenen Kräfte aus der Mitte Europas.

Manchmal mussten wir auch Minderheiten abweisen, auch wenn es uns schwer fiel. Ich denke da an die Armenier, die wir abweisen mussten, weil Armenien nun einmal nicht zu Europa gehört. Ihr Argument, dass ihre Organisation von Armeniern, die in Frankreich lebten, Mitglied der Union sein könne, mussten wir ablehnen, weil es eines unserer aktuellsten und größten Probleme berührte, das Verhältnis der autochthonen Minderheiten, zu den Immigrantenminderheiten.

Minderheit-Volksgruppe:

Der Begriff Minderheit, der bei der Gründung der Union nur oder hauptsächlich für die ethnischen und sprachlichen Minderheiten angewendet wurde, hatte sich in den Jahrzehnten nach der Gründung völlig geändert und einen neuen Inhalt bekommen. Immer mehr stieg die Zahl der Einwanderer aus nicht-europäischen Ländern und in den meisten Industrieländern Westeuropas dürfte die Zahl der ethnischen und sprachlichen Minderheiten aus nicht-europäischen Ländern heute größer sein als die der einheimischen, der autochthonen Minderheiten. Dazu kommt, dass der Begriff Minderheit für immer neue Kategorien angewendet wird. Es gibt religiöse, soziale, sexuelle und andere Minderheiten, die alle Anspruch auf Minderheitenschutz erheben. Es war daher sicher ein richtiger Entschluss der FUEV den Begriff Minderheit immer mehr durch den Begriff Volksgruppe zu ersetzen. Hinzu kommt noch, dass viele unserer Volksgruppen in ihrem eigenen Land keine Minderheit sind und keine Minderheit sein wollen.

Minderheitenrecht:

Hier in Frankreich, das seit dem Code Napoléon soviel zur Entwicklung des Rechts, auch des internationalen Rechts beigetragen hat, darf das Problem des Minderheitenrechts nicht unerwähnt bleiben. Auch auf diesem Gebiet ist eine Entwicklung in Gang gekommen, die uns Hoffnung gibt. In den meisten Demokratien glaubte man, dass es genug sein, Gesetze zu haben, die die allgemeinen Menschenrechte sichern. Man verstand nicht, dass das nur für ethnische homogene Nationalstaaten gilt. Das Recht des Menschen zu seinem eigenen Volk zu gehören, auch wenn es vom Staatsvolk verschieden ist, wird dadurch nicht geschützt. Wir sind jetzt doch soweit gekommen, dass es in den meisten Staaten als ein Mangel angesehen wird, dass kein Minderheitenrecht besteht. Die am 10. Dezember 1966 von vielen Staaten angenommene Menschenrechtserklärung enthält zum ersten Mal einen Paragraphen, der Sprachminderheiten schützt. Dieser Punkt wurde dann in die Schlussakte der K.S.Z.E.-Konferenz von Helsinki 1975 aufgenommen. Die FUEV hat dazu beigetragen, dass diese Entwicklung gefördert wurde. Auf dem 17. Kongress der FUEV, 1967, wurden „Die Hauptgrundsätze eines europäischen Volksgruppenrechts“ vorgelegt und angenommen. Auf dem von der FUEV organisierten großen Nationalitätenkongress in Genf 1985 wurde eine neue und verbesserte Fassung dieser Hauptgrundsätze beschlossen. Ein Rechtsausschuss innerhalb der FUEV arbeitet weiter an dieser Entwicklung. Ich glaube es würde alle Volksgruppen Europas mit tiefster Befriedigung erfüllen, wenn Frankreich auch für das Volksgruppenrecht ein Vorgangsland sein könnte und damit eine seit der französischen Revolution bestehende Lücke schließen würde.

Gegenwart:

In einer Geburtstagsrede sollte man nicht die Schwächen des Geburtstagskindes behandeln. Ich habe schon einige berührt und möchte auf die zentrale Schwäche etwas näher eingehen, weil es in der Struktur der FUEV begründet liegt und weil es von grundsätzlicher Bedeutung ist. Ich habe das Problem schon anfangs berührt, als ich erwähnte, dass unser erster Generalsekretär sein Amt aufgab, um sich seinem Land der Bretagne zu widmen, und dass unser 2. Generalsekretär sein Amt aufgab um sich Grönland zu widmen. Es ist also das Problem, dass jeder von uns in erster Linie etwas für sein eigenes Land und sein eigenes Volk tun will und tun muss, und erst in 2. Linie für die FUEV arbeiten kann. Wir waren uns dieser inhärenten Schwäche schon bei der Gründung bewusst, und haben nach Wegen gesucht, wie man ihr begegnen könnte. Ich glaube, es wird die junge Generation, die jetzt für die FUEV arbeitet interessieren zu hören, welche Gedanken wir uns damals über mögliche Lösungen

machten. Unser erster Gedanke war einen Staat zu finden, der in europäischen und internationalen Gremien als Sprecher für uns auftreten könnte. Es sollte ein Staat sein, der bewiesen hatte, dass er Minderheitsprobleme verstand und lösen konnte. Wir dachten zunächst an Dänemark, das ja Erfahrungen von Grönland, Island und den Färöern und von Nordschleswig hatten. Schon die ersten Gespräche mit führenden, dänischen Politikern zeigten schnell, dass dieser Gedanke mit der dänischen Außenpolitik der Neutralität nicht vereinbar war. Unser Gedanke, Dänemark, selbst ein kleines Volk, könnte Sprecher aller kleinen, staatenlosen Völker Europas werden, musste aufgegeben werden. Das 2. Land, an das wir dachten, war die Schweiz aber die Reaktion Schweizer Politiker bei orientierenden Gesprächen war ebenso klar negativ wie die Dänemarks. Einen Staat als Protektor der Volksgruppen zu finden, gelang also nicht.

In der Praxis war das Problem einen hochqualifizierten, mehrsprachigen Minderheitenfachmann zu finden, der die Aufgaben des Generalsekretärs auf sich nehmen konnte, und dem man ausreichende Hilfsmittel, also ein Büro zur Verfügung stellen konnte. Man hat sich immer bemüht, für diese Arbeit Angehörige seiner Minderheit zu finden und meistens ist das auch gelungen. Ich glaube aber, dass die FUEV in Zukunft auch außerhalb der Volksgruppen, insbesondere unter den jungen Wissenschaftlern auf den für uns wichtigen Fachgebieten Helfer und Mitarbeiter finden kann.

Ein dritter Weg, um das Personal- und Administrationsproblem zu lösen, wäre die Institutionalisierung der FUEV. D.h. das sie eine feste Stellung im Rahmen einer europäischen Behörde bekommt. Da das einen gewissen Verlust an Selbständigkeit mit sich bringen würde, werden die meisten unserer Mitglieder diesen Weg wohl abweisen. Ich glaube aber, er sollte trotzdem erwogen werden. Denn die FUEV muss damit rechnen, dass die Zukunft sie vor Aufgaben stellen wird, die weit über das hinausgehen, was bisher ihr Arbeitsgebiet gewesen ist.

Die Zukunft:

Integration Europas: Lassen sie mich daher versuchen, einige Gedanken zur Zukunft und zu den Aufgaben der FUEV in dieser Zukunft zu formulieren. Die erste und vorzüglichste Aufgabe der FUEV muss es sein an dem schon in Gang befindlichem Prozess der Integration Europas mitzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass die Volksgruppen und Sprachminderheiten in diesem Prozess ihre Existenz und ihre Entwicklungsmöglichkeiten gewährleistet bekommen. Ich denke dabei an das schöne Wort Gorbatschows, auch die Völker der Sowjetunion wollten an dem Haus Europa, das wir alle wollen, mitbauen. Wenn die Staaten und Völker die Bausteine sind, aus denen das Europa gebaut wird, dann sind die Regionen, besonders die Grenzregionen, in denen ja die meisten Sprachminderheiten und Volksgruppen leben, der Mörtel, der die großen Steine zusammenhält. Das Haus Europa braucht nicht nur die großen Steine, es braucht auch den Mörtel, der sie zusammenhält. Diese verbindende Funktion unserer Volksgruppen besteht nicht nur darin, dass sie in der Regel historische und ethnische Bindungen über die Staatsgrenzen hinaus in die benachbarten Länder haben, sondern auch in der einfachen Tatsache, dass sie eigentlich immer mehrsprachig, zumindest zweisprachig sind. Da liegt es in der Natur der Volksgruppen, dass sie nicht nur in ihrer Sprache sondern auch mit ihrer Kultur die Verbindungen nicht nur mit ihrem Staatsvolk sondern auch mit anderen verwandten Ländern pflegen und pflegen müssen. So sei nur als Kuriosum genannt, das wir in unserem Haus auf der nordfriesischen Insel Föhr an einem Tag 7 verschiedene Sprachen sprechen mussten, die alle Relevanz zu Föhr hatten. Das Bild Gorbatschows ist aber auch in einer anderen Hinsicht bedeutungsvoll für uns. Ich glaube, dass eine klare Minderheitenpolitik der Länder Westeuropas, basiert auf einem gemeinsamen Volksgruppenrecht ein Beispiel für die Länder Osteuropas sein würde. Man sollte gar nicht versuchen, durch Propaganda Einfluss auf die Entwicklung im Osten auszuüben. Allein das

Modell einer klugen Minderheitenpolitik im Westen würde wahrscheinlich vom Osten beachtet und vielleicht übernommen werden.

Wir sollten auch nicht vergessen, auch die neuen Staaten die in Afrika und Asien entstanden sind, vielfach Minderheitenprobleme haben, und dass Europa auch ihnen mit einem Modell helfen kann, Fehler zu vermeiden.

Wenn ich sage, dass wir keine Propaganda für unsere Ideen machen sollten, so bedeutet das nicht, dass wir nicht versuchen sollten, mit Minderheiten und Minderheitsfachleuten in den Ostländern Verbindungen zu suchen, und sie zu unseren Konferenzen und Arbeitsgruppen einzuladen. Ich erinnere nur an die fruchtbare Zusammenarbeit, die wir schon seit langem mit den Minderheitsspezialisten Jugoslawiens haben. Ich werde nie vergessen, dass wir einmal an einer Konferenz der Samen aus Norwegen, Schweden und Finnland auch die kleine Volksgruppe der Samen von der Kolahalbinsel eingeladen hatten. Es ist wohl die kleinste Sprachminderheit der Sowjetunion. Sie besteht nur aus knapp 1000 Samen. Als nach mehreren Einladungen endlich einmal zwei Vertreter der Sowjetunion zu der Konferenz kamen und nach Jahrzehnten der Isolierung zum ersten Mal die Samen der skandinavischen Länder trugen, war das ein erschütterndes Erlebnis für viele Teilnehmer.

Als ich in meinem Manuskript die Öffnung der FUEV nach Osten als die Aufgabe der nächsten Zukunft schon geschrieben hatte, erfuhr ich aus der Zeitung, dass der Europarat diese Öffnung nach Osten schon begonnen hat und die ersten wichtigen Schritte schon getan hat. Die Union sollte dem Beispiel des Europarats folgen. Beide feiern jetzt ihr 40 jähriges Jubiläum. Der Europarat feiert es mit dem Besuch Gorbatschows und der Öffnung nach Osten. Wir sollten dem Europarat auf diesem Weg folgen. Und ebenso wie der Europarat bei dieser Öffnung an seinen Grundsätzen der Demokratie festhält, so sollten auch wir es tun.

Nationalstaaten und multinationale Staaten:

Wenn der Traum von einem wirklich vereinten Europa einmal Wirklichkeit werden sollte, dann wird ein solches Europa nicht nur Nationalstaaten sondern auch multinationale Staaten, Vielvölkerstaaten umfassen. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Existenzbedingungen für Volksgruppen und Sprachminderheiten in diesen beiden Staatstypen verschieden sind. Wir Volksgruppen sollten daran festhalten, dass Nationalstaaten und multinationale Staaten gleichgestellt sind, und dass der Prozess der Auflösung multinationaler Staaten, der im vorigen Jahrhundert mit ungeheurer Vehemenz in Europa begann, nicht fortgeführt wird. In einem Nationalstaat sind die Volksgruppen, die nicht zu der Nation des Staates gehören, heimatlos. In einem Vielvölkerstaat haben sie es leichter. In dem alten dänischen Gesamtstaat, der auch Norweger, Isländer, Färingier und Deutsche umfasste, fühlten auch wir Nordfriesen uns zu Hause, in einem dänischen Nationalstaat wären wir eine Minderheit. Auch in dem heiligen Römischen Reich, das viele Völker umfasste, konnten die Friesen als Friesen leben. In den daraus entstandenen Nationalstaaten ist das schwieriger. Oder vergleichen wir die Stellung der Minderheiten in der Habsburger Monarchie mit ihrem Schicksal in den Nachfolgestaaten. Trotzdem kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Bildung der Nationalstaaten gewaltige Kräfte freigesetzt hat. Als Skandinavier brauche ich nur an die Entwicklung Norwegens nach 1905, an die Entwicklung Finnlands nach 1917, an die Islands nach 1938 zu denken. Wo immer es möglich ist, Nationalstaaten ohne Minderheiten zu schaffen oder zu erhalten, da sollten sie geschaffen und erhalten werden. Wo das nicht der Fall ist, sollten multinationale Staaten entstehen mit der gleichen Stärke wie die Nationalstaaten. So glaube ich, dass es ein Glück für ganz Europa ist, dass die Schweiz als Mehrvölkerstaat erhalten geblieben ist und anderen als Modell dienen kann. So glaube ich, dass Israel klüger daran getan hätte, an einem Mehrvölkerstaat zu denken, als an einen Nationalstaat vom Typ des vorigen Jahrhunderts. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Nationalstaaten in Kriegszeiten stärker sind als die multinationalen Staaten. Ich glaube aber,

dass die Zeit der großen Kriege endgültig vorbei ist, sowie in früheren Perioden der Menschheitsentwicklung die Periode des Kannibalismus oder später die Periode der Sklaverei auf hörte, so hört in unserer Zeit die Periode der Kriege auf. In einer Zeit ohne Kriege, können multinationale Staaten den Nationalstaaten an Stärke vergleichbar oder sogar überlegen sein.

Die steigende Mobilität der Menschen:

Zum Schluss möchte ich noch kurz ein Problem behandeln, das für die Zukunft vieler Volksgruppen entscheidend sein kann, das Problem der immer schneller steigenden Mobilität aller Menschen. Die meisten von ihnen sind in ihrer Arbeit oder als Touristen in beinahe allen Ländern Europas oder in anderen Weltteilen gewesen. Viele von uns, vielleicht die meisten, arbeiten an einem anderen Ort als in ihrer Heimat. Auf meiner kleinen friesischen Insel mit 8000 Einwohnern kommen jährlich 40 000 - 50 000 Touristen, hauptsächlich Deutsche, während andererseits die auf der Insel verbliebenen Friesen nur etwa ein Drittel der dort geborenen Friesen sind. Zwei Drittel leben und arbeiten anderswo, hauptsächlich in Amerika. Wir dürfen annehmen, dass die Lage der anderen Volksgruppen ähnlich ist, wenn wohl auch kaum so extrem wie bei uns. Man muss damit rechnen, dass die jetzt schon hohe Mobilität der Europäer mit der Integration Europas weiter steigen wird und immer größere Abstände zwischen Heimat und Arbeitsplatz schaffen wird. Eine unausweichliche Konsequenz dieser Entwicklung wird es sein, dass man nicht mehr ein Volk mit einem Land, eine Volksgruppe mit einer Region gleichsetzen kann. Wenn wir auch in Zukunft unser Volk erhalten wollen, dürfen wir nicht nur an die denken, die in der Heimat leben. Wir müssen auch an die denken, die anderswo leben und arbeiten müssen, die aber auch in der Fremde zu ihrem Volk gehören wollen. Es müssen neue Formen für den Zusammenhalt eines Volkes entstehen, das seine Identität behalten will, auch wenn es zum großen Teil in ganz Europa oder auf der ganzen Welt lebt. Ich bin überzeugt, dass neue Wege gefunden werden können, um die Identität eines Volkes unter den neuen Bedingungen zu bewahren. Alle Volksgruppen, die überleben wollen, müssen dieses Problem sehen und nach Wegen zu seiner Lösung suchen. Die FUEV wird auch dabei den einzelnen Volksgruppen raten, Erfahrungen auszutauschen und einander zu helfen.

Schluss:

40 Jahre sind eine lange Zeit. Für die FUEV war es eine Zeit mit vielen Problemen, mit Krisen und mit Erfolgen. Sie kann stolz darauf sein, dass sie wesentlich dazu beigetragen hat, dass sich die negative Einstellung zu Minderheiten und Volksgruppen geändert hat, und dass wir heute hoffnungsvoller in die Zukunft sehen können, als wir es vor 40 Jahren hier in Versailles konnten.